

Sehen und gesehen werden

Privatsphäre als Frage der Einstellung

Mit der falschen Einstellung macht man sich auf Facebook eventuell unfreiwillig zum Affen. Wer nicht aufpasst, könnte Unbekannten auf Facebook nun leichter Einblick ins eigene Fotoalbum gewähren, hiess es auf einem Blog. Allerdings ist das nicht ganz neu.

hes. Vor drei Wochen führte Facebook seine neuen Listen ein. Die auf Wunsch automatisch erstellten Kategorien greifen auf Angaben der Mitglieder zu Arbeitgebern, Wohnorten oder Schulen zurück. Ausserdem kann man Kontakte nun in «Enge Freunde» und «Bekannte» einteilen. Voraussetzung für ein reibungsloses Funktionieren ist folglich, dass Anwender ihre Daten stets aktualisieren.

Blogger Jens Wiese hat nun darauf aufmerksam gemacht, dass Facebook die Sichtbarkeit für alle Inhalte mit markierten Personen, beispielsweise Fotos, geändert haben soll. Wenn folglich ein Mitglied ein Bild mit Hilfe der entsprechenden Einstellung zeigen will, könnten es auch markierte Personen und deren Freunde sehen. Denn diese erfahren das über den Ticker der getaggten Person. Wiese rät Nutzern daher, für den kleinen Kreis gedachte Inhalte nur für eigene Listen oder enge Freunde freizugeben. Ein Kommentator auf heise.de merkt allerdings zu Recht an: «Neu ist nur, dass das Bild jetzt über den Ticker rauscht. Vorher wars halt im Stream. Und auf der Seite des Freundes war das Bild schon immer zu sehen (Bilder auf denen XY zu sehen ist oder so...).» Nutzer Commodore 64 kommentierte die vermeintliche Neuerung ähnlich: «Durch das Markieren von Personen auf eigenen Fotos wird das Fotos sozusagen auch Bestandteil des Profils der markierten Person. Das ist schon seit einer gefühlten Ewigkeit so – nämlich seit man auf Facebook Personen auf Fotos markieren kann.»

Facebook mauert

Ende August reichten drei österreichische Studenten 16 Anzeigen gegen Facebook in Irland ein, weil sie mit dessen Datenschutzpraktiken unzufrieden sind. Die Dependance in Dublin kümmert sich um alle Mitglieder ausserhalb Nordamerikas. «Facebook gaukelt den Usern beispielsweise vor, dass das Netzwerk Informationen jederzeit wieder löschen kann. Wie sich jetzt herausgestellt hat, stimmt das aber oft nicht», bemängelte Initiator Max Schrems damals im Gespräch mit NZZ Online. Die Studenten hatten von Facebook ihre Datensätze angefordert und auch erhalten.

Wie Schrems heute mitteilte, haben «viele Nutzer, die ihre Daten ebenfalls angefordert haben, eine E-Mail erhalten, in der Facebook mitteilt, dass wegen der großen Zahl von Anfragen die gesetzliche Frist von bis zu 40 Tagen nicht eingehalten wird und es zu erheblichen Verzögerungen kommt. Die Gesetze gelten für Facebook anscheinend nicht.»

Nachdem Facebook nur einen Teil der Nutzerdaten herausgegeben und die Studentengruppe diese veröffentlicht hatte, liess das soziale Netzwerk Schrems und seine Mitstreiter nun wissen, dass weitere Daten der User «Geschäftsgeheimnisse» seien und die weitere Übermittlung «überproportional schwierig» sei. Schrems will nach eigenen Angaben nicht locker lassen und steht weiterhin mit irischen Datenschützern in Kontakt. Eine Stellungnahme zur aktuellen Entwicklung gibt es von Facebook noch nicht.

Nach der Abmeldung verfolgt

Kürzlich wies Blogger Nik Cubrilovic darauf hin, dass Facebook Nutzer auch nach der Abmeldung verfolgt. Denn nach dem Ansteuern einer mit dem sozialen Netzwerk beispielsweise über die Integration des Like-Buttons verknüpften Website wird die Account-ID an das Unternehmen gesendet. Denn das soziale Netzwerk soll das Cookie nicht löschen, sondern nur verändern. Facebook könnte so theoretisch ein Surf-Profil des Mitglieds erstellen. Wer der Community diese Möglichkeit nehmen möchte, muss das entsprechende Cookie nach dem Logout löschen oder einen anderen Browser nutzen, um Facebook aufzurufen.

Facebook-Mitarbeiter Gregg Stefancik schrieb in einem Kommentar unter Cubrilovics Blogeintrag, dass man auf diesem Weg Spammer-Accounts identifizieren könne. Ausserdem wolle man so verhindern, dass sich Minderjährige mit einem falschen Geburtsdatum wieder anmelden, nachdem ihr Konto gesperrt wurde. Des Weiteren nannte er als Grund für den Einsatz der Technologie, dass man Nutzern so besser helfen könne, gehackte Konten wiederherzustellen.

Lobby-Arbeit verstärkt

Laut dem Center for Responsive Politics hat Facebook 2011 bereits etwa 550'000 Dollar für Lobbyarbeit ausgegeben. 2010 waren es insgesamt 351'390 Dollar. Nun will das Unternehmen seine Interessenvertretung verstärken. Dazu hat es ein Political Action Committee (PAC) gegründet. Diese Komitees unterstützen in den USA Politiker, die sich für spezifische Interessen einsetzen, indem Mitarbeiterspenden gesammelt werden. Ein Facebook-Sprecher sagte, das soziale Netzwerk wolle so sicherstellen, dass Innovationen gefördert werden.

Update 17:15: Zu den Kritikpunkten der österreichischen Studenten sagte eine Facebook-Sprecherin gegenüber NZZ Online: «Als Antwort auf die Anfrage (subject access request) von Herrn Schrems hat Facebook ihm mehr als 1.000 Seiten Datenmaterial zugeschickt und wir gehen davon aus, dass dies den Anforderungen des EU-Datenschutzrechts genügt. Es ist daher unsinnig zu behaupten, dass wir nicht bereit seien, ihm seine persönlichen Daten zu geben. Herr Schrems war mit den ihm zugesandten Daten nicht zufrieden und hat uns um eine Reihe zusätzlicher Informationen gebeten. Wir haben ihm daraufhin geantwortet und ihm die relevanten Bestimmungen des irischen Datenschutzrechts erläutert, die in Bezug auf die Daten, die geliefert werden müssen, einige begründete Einschränkungen machen. Wir kooperieren im vollen Maße mit dem irischen Datenschutzbeauftragten, der sich zu gegebener Zeit mit der Beschwerde von Herrn Schrems befassen wird.»